

dingungen könnten von den Amerikanern, nach Erfahrungen, bei einer Dollarleihe an die Republik gestellt werden. Die Antwort war: „Wir werden die demokratischen Errungenschaften aufgeben müssen. Man wird verlangen, daß die alten reaktionären Kriegstreiber in die Verwaltungen gesetzt werden. Auf dem Dorf soll der Gutsbesitzer wieder das Zepter schwingen.“ Ein Arbeiter setzte erregt hinzu: „Meine Verwandten sind Neubauern. Ich sage nur: die Neubauern bekommt keiner von ihrem Gehöft herunter!“ Ein Walzwerkerarbeiter zählt die Errungenschaften des volkseigenen Hüttenwerkes auf und sagte: „Die Amerikaner sind Gegner der volkseigenen Betriebe! Ihr Marshallplan ist Betrug. Sie werden verlangen: Was wir Arbeiter besitzen, soll man den Kapitalisten zurückgeben.“

Unverständlich ist es, wenn Lektoren beim ersten und zweiten Thema mit dem Urkommunismus beginnen.

* Beim Thema: „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland“ bleibt es beim rein formalen Lehren, wenn den Schülern nicht gesagt wird, wie dieses oder jenes Argument in der Entschließung die Antwort auf bestimmte gegnerische Argumente ist.

Offensiv diskutieren

Niemals darf unterlassen werden, zu versuchen, gemeinsam mit den Schülern die Frage zu beantworten: Was hat jeder einzelne für eine Aufgabe, um in seiner Abteilung unter den Kollegen Aufklärung zu schaffen, d. h. mit welchen Argumenten der Entschließung hat er die Offensive zu eröffnen, welche Argumente und Feststellungen muß er unter den Kollegen verbreiten.

Jeder Schüler muß ein Ankläger gegen die heuchlerische, volksfeindliche Politik des USA-Imperialismus und deren Stützen sein.

Wird über die Friedenspolitik der Sowjetunion gesprochen, dann darf der Lehrer nicht nur die Agitationschriften des Parteivorstandes dazu lesen. Er muß darum werben, die Schüler als Mitglieder für die Gesellschaft der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft zu gewinnen. Jeder Schüler wiederum muß sich aktiv an der Werbung selbst in seiner Abteilung beteiligen.

Der Verantwortlichkeit bewußt sein

Erfreulicherweise ist fast restlos[%] auf allen Betriebspartei-schulen beim Thema: „Erfüllung des Zweijahrplanes“ das formale Lehren des Stoffes abgestellt. Man muß aber auch weiterhin im engsten Kontakt mit den Erfordernissen seines Betriebes stehen. Hier muß besonders an die Verantwortlichkeit jedes Schülers appelliert werden, um Mißstände beseitigen zu können. Kommt es doch darauf an, die Verbesserung der Qualität der Produktion zu erreichen. Wer aber Mißstände erkennt und darüber schweigt, besitzt kein Verantwortungsgefühl.

Um den Formalismus wirksam zu bekämpfen, müssen die Betriebspartei-schulen laufend vom Sekretariat der Betriebsgruppe kontrolliert werden. So erst wird es ihnen möglich sein, die notwendige Hilfe zur Überwindung des Formalismus zu leisten.

Geht man dem Formalismus auf diese Weise wirksam zu Leibe, dann ist es nicht erforderlich, wie es die Maxhütte vor hatte, Sonderlehrgänge durchzuführen, damit die Schule eine stärkere Hilfe für die Betriebsparteiarbeit wird.

Richard Schötzau

Unter der Überschrift „So wohnen Lehrer in Kyritz“ beschäftigt sich die Zeitschrift „die neue schule“ in ihrer Nummer 23, Jahrgang 1949, mit katastrophalen Wohnverhältnissen verschiedener Lehrer dieses Ortes. Da der Inhalt des Artikels auf eine ungenügende Beachtung der im Frühjahr 1949 von der DWK angenommenen Kulturverordnung durch die Parteien, Massenorganisationen und Verwaltungsstellen in Kyritz (Brandenburg) schließen ließ, beschäftigte sich die Redaktion „Neuer Weg“ mit der Frage, was unsere Partei in diesem Ort zur Verwirklichung der Kulturverordnung getan hat. Die Überprüfung ergab einige wertvolle Schlußfolgerungen, die auch für Parteieinheiten in anderen Kreisen nicht ohne Bedeutung sind.



Zunächst der Vorgang: Der Genosse Müller, der selbst Lehrer und Vorsitzender der Industriegewerkschaft Lehrer und Erzieher im Kreis Ostprieznitz ist, hatte bereits seit vielen Monaten die Partei darauf aufmerksam gemacht, daß in Kyritz ein Teil der Lehrer unter unmöglichen Wohnverhältnissen lebt. (Nähere Einzelheiten über die einzelnen Fälle ersparen wir uns. Sie sind in der obenangeführten Nummer der „neuen schule“ nachzulesen.) Nachdem diese Hinweise erfolglos blieben, wandte sich der Genosse Müller an den Landesvorstand der IG Lehrer und Erzieher um Unterstützung. Er erhielt von dort die Nachricht, sich mit dem Zentralvorstand der Gewerkschaft in Verbindung zu setzen. Genosse Müller kam der Aufforderung nach, mußte aber feststellen, daß sein Hilferuf ohne Antwort blieb. Nun nahm sich die Presse der Angelegenheit an. Die Veröffentlichungen in der „Täglichen Rundschau“, der „Märkischen Volksstimme“ und der „neuen schule“ bewirkten, daß sich nun endlich das Kreissekretariat der Partei damit beschäftigte und im Orts- und Kreiswohnungsausschuß durchsetzte, daß sechs Wohnungen, die Mitte Dezember frei wurden, für die bedürftigsten Fälle zur Verfügung gestellt wurden.

Was ergaben sich nun aus der Überprüfung für Schlußfolgerungen?

1. Die Kulturverordnung der DWK wurde im Kreis Kyritz nur ungenügend beachtet

Das Kreissekretariat der Partei war zwar der Initiator verschiedener Versammlungen, die der Popularisierung der Kulturverordnung dienten, veranstaltete auch einige Zusammenkünfte mit Vertretern der Intelligenz, ließ es aber an der erforderlichen Kontrolle über die Durch-